

Der Wochenkommentar

SBB: Durchsichtige Drohkulisse der Gewerkschaften

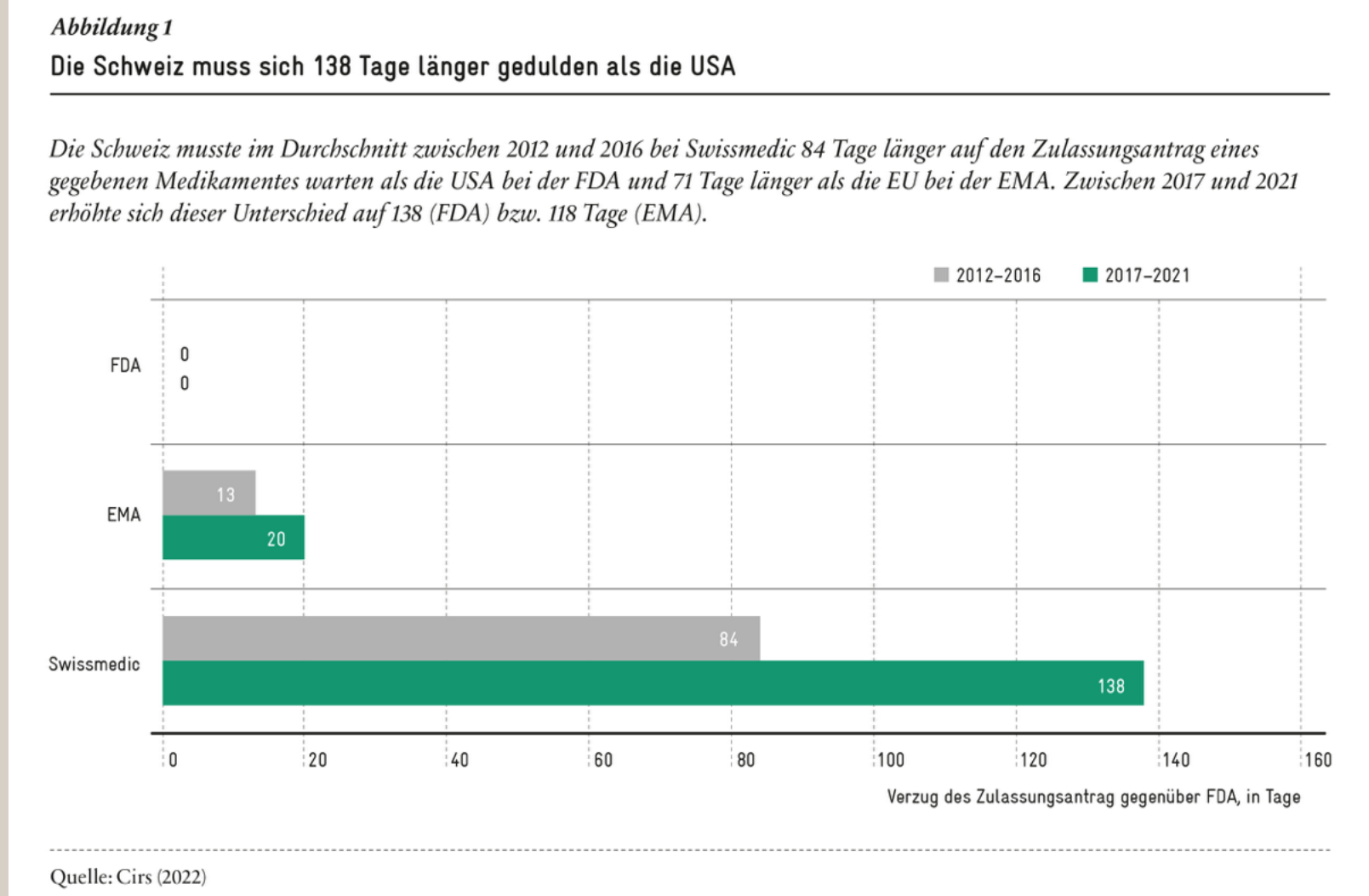


Die SBB wird gemäss Linken und Gewerkschaften durch ein neues «Eisenbahn-Paket» der EU in ihrer Existenz bedroht. Die Schweiz müsse im Falle eines Vertrags mit der EU auch die Vorgaben zu staatlichen Subventionen übernehmen, lautet das Paniksenario. Dies gefährde u.a. den Service public beim Schienenverkehr. Patrick Dümmler vermutet hinter der angeblichen Bedrohung gewerkschaftliches Kalkül, um Kompensationsmassnahmen vom Bundesrat zu erhalten. Dabei sind die SBB das falsche Beispiel für europapolitische Ränkespiele. Denn das Verständnis, auf die Schweizer Spezifika Rücksicht zu nehmen, hat sich in Brüssel generell verringert. Wie der [«Erosionsmonitor #4»](#) zeigt, sind zurzeit vor allem die Medizintechnik und In-vitro-Diagnostik-Branchen betroffen, nächstens die Pharma- und Maschinenindustrie.

[Durchsichtige Drohkulisse](#)

Medikamentenzulassung

Der Schweizer Markt muss für die Pharmaindustrie attraktiv sein



Die Europäische Kommission will die Fristen für Arzneimittelzulassungen verkürzen. Dadurch gerät die Schweiz zusätzlich unter Konkurrenzdruck. Für die Pharmahersteller ausschlaggebend ist die Zeit bis zur Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Letztere geschieht hierzulande erst nach der Zulassung durch Swissmedic und der Preisverhandlung mit dem Bundesamt für Gesundheit. Für Sonia Estevez und Jérôme Cosandey sollte die Kostenübernahme für innovative Medikamente ab dem ersten Zulassungstag durch Swissmedic zu einem vorläufigen Preis festgelegt werden – eine Idee, die die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) kürzlich unterstützte.

[Der Schweizer Markt muss für die Pharmaindustrie attraktiv sein](#)

Hannah's Insights

Bottom-up-Ansatz im Gesundheitswesen



Die Kosten im Gesundheitswesen steigen. Zwar wird die medizinische Versorgung in der Schweiz geschätzt, aber dennoch weiss niemand, wie gut deren Qualität im Einzelfall tatsächlich ist. Hannah Wise nimmt in ihrem Video-Editorial Bezug auf unsere neue Studie [«Mehr Mehrwert im Gesundheitswesen»](#) und erklärt, weshalb sich Avenir Suisse für einen Qualitäts- statt einen Kostenwettbewerb starkmacht.



[Bottom-up Approach for Swiss Healthcare](#) (mit deutschen Untertiteln)

Individualbesteuerung

Das Parlament muss nachbessern



Im Gesetzesentwurf des Bundesrates zur Individualbesteuerung stehen die positiven Beschäftigungseffekte für Frauen im Hintergrund – und damit auch der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Für Anne Brupbacher wäre daher der Vorschlag einer modifizierten Individualbesteuerung zu bevorzugen, wie er von den beiden Kommissionen für Wirtschaft und Arbeit vorgeschlagen worden war. Dieser basiert auf einer modifizierten Individualbesteuerung, der mit einem speziellen Elterntarif sowie dem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis die Varianten des Bundesrates aussticht. Es liegt nun am Parlament, den Gesetzesentwurf so zu korrigieren, dass die angestrebten Gleichstellungsziele erreicht werden können.

[Individualbesteuerung: Das Parlament muss nachbessern](#)

Die Zahl



Der globale Talent-Pool verändert sich: Im Jahr 2030 werden China und Indien [die Hälfte](#) aller 25- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss stellen – USA/Europa kommen zusammen auf 15%. Im Jahr 2000 waren die beiden Anteile noch halb bzw. doppelt so gross. Von den Mint-Absolventen dürften 2030 sogar 60% aus China und Indien stammen. Diese demografischen Verschiebungen werden sich im Schweizer Arbeitsmarkt bemerkbar machen (müssen). (PAL)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Teilzeitarbeit: In der französischen Ausgabe des [«Migros-Magazin»](#) hat Marco Salvi ausführlich zur gegenwärtigen Kritik an Teilzeitarbeit Stellung bezogen (nachzulesen auf unserer [französischsprachigen Website](#)). Es handle sich dabei um eine Art «Hochkonjunkturpanik». Wir könnten den Mangel auch begrüssen, denn er zeige, dass unsere Wirtschaft in der Lage ist, mehr Arbeitsplätze zu schaffen als es Arbeitslose gibt. Die Erwerbsquote um jeden Preis erhöhen zu wollen, um den Personalmangel zu bekämpfen, sei eine schlechte Idee, die nicht funktionieren wird, sagt der Avenir-Suisse-Arbeitsmarktspezialist. Besser sei es, bei den Rahmenbedingungen anzusetzen, zum Beispiel die Hürden für eine Anstellung zu senken oder den Nachwuchs ausreichend auszubilden.

Vorsorgeforum: Die Lokalzeitung «Bödeli & Brienz Info» (Printausgabe) berichtete vom Vorsorgeforum Interlaken, das zum zehnten Mal durchgeführt wurde. Jérôme Cosandey habe an der Veranstaltung nicht nur kritische Aussagen zu den weltweiten Entwicklungen vorgebracht, sondern auch die aktuell geplante [BVG-Revision kommentiert](#), heisst es im Bericht.

Reichtumssteuer: In Genf wird am 18. Juni über eine zusätzliche «Solidaritätsabgabe» für Personen mit mehr als 3 Millionen Franken Vermögen abgestimmt, wie es in einer über [Swissinfo verbreiteten Bloomberg-Meldung](#) heisst (Link zur [Abstimmungsbroschüre](#)). Und dies, obwohl laut Avenir Suisse die Genfer Vermögenssteuer mit rund 1% pro Jahr bereits jetzt zu den höchsten in der Schweiz gehöre. Gegner warnen vor dem Beispiel Norwegens, wo eine Erhöhung der Steuer auf 1% bis 1,1% zu einem Exodus der Reichen führte. Letztes Jahr hätten laut Bloomberg die reichsten Steuerzahler Genfs fast 700 Mio. Fr. oder 83% der gesamten Genfer Vermögenssteuer bezahlt, wie aus kantonalen Daten hervorgehe.

Unsere aktuellen Publikationen



[Erosionsmonitor #4](#)



[Mehr Mehrwert im Gesundheitswesen](#)



[Vermessenes Staatswachstum](#)

Newsletter verpasst? Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).



© Avenir Suisse, Puls 5, Giessereistrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz, [avenir-suisse.ch](#)

[Über uns](#)

[Datenschutzklärung](#)

[Warum Sie diesen Newsletter bekommen](#)

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [kommunikation@avenir-suisse.ch](#) Ihrem Adressbuch hinzu.